Nummer 54 — 32. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit Mustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Für unsre kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „Unterhaltung und Wissen", „Die praktische Hausfrau", „Das gute Buch". Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit SL-Benno-Blatt ℳ 2,70 Ausgabe B ohne SL-Benno-Blatt ℳ 2,20 Einzelnummer 10 ₰ Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰

Ausgabe A

Sonnabend, den 4. März 1933

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Vereinsanz. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung oder Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-A. 1, Pollerstr. 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 1026. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 94767.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Reichspräsident verbürgt Wahlfreiheit

Ein Schreiben des Reichspräsidenten an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz
Begeistere Zentrumskundgebungen im Süden und Westen — Erdbeben und Sturmflut in Japan

Wir vertrauen Hindenburg!

Breslau, 3. März. (E. M.) Auf Anfragen des preußischen Episkopats betreffend Schutz der Wahlfreiheit bei den bevorstehenden Wahlen ist vom Herrn Reichspräsidenten an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz Kardinal-Fürstbischof Bertram-Breslau die Antwort erfolgt:

Ich bitte Eure Eminenz versichert zu sein, daß ich alles in meinen Kräften Liegende tun werde, um die Wahlfreiheit der Staatsbürger zu sichern und Ausschreitungen im Wahlkampf zu verhindern, und ich bin auch überzeugt, daß die Reichsregierung von derselben Absicht geleitet ist.

Abschrift Ihres Schreibens habe ich unverzüglich dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Reichskommissar für das Land Preußen übersandt.

*

Diese Zusicherung des allverehrten greisen Reichspräsidenten wird die freiheitliebenden Staatsbürger mit hoher Genugtuung erfüllen. In dem Herrn Reichspräsidenten sehen wir die Garantie für eine freie Wahl und für Achtung des Volkswillens, der bei dieser Wahl zum Ausdruck kommt.

Keine dauernde Aufhebung der persönlichen Freiheit

Interview des Reichskanzlers mit dem „Daily Expreß".

London, 3. März. Der Berliner Korrespondent des „Daily Expreß" meldet ein Interview mit dem Reichskanzler, in dem dieser zunächst der Behauptung, der Reichstagsbrand sei von Nationalsozialisten angelegt worden, entgegentritt und sie als lächerliche Lüge bezeichnet. Der Reichskanzler fügte hinzu, die britische Regierung würde nicht anders gehandelt haben als er, wenn das Parlamentsgebäude in London in Brand gesteckt worden wäre. Eine Anfrage über die Gerüchte von einer bevorstehenden Niedermetzelung politischer Gegner beantwortete der Reichskanzler mit geringschätzigem Lächeln: Es bedarf keiner Bartholomäusnacht, wir werden die Feinde des Staates vor rechtmäßigen Gerichtshöfen entsprechend den Gesetzen aburteilen.

Auf die Frage, ob die jetzige Aufhebung der persönlichen Freiheit ein dauernder Zustand bleiben werde, erwiderte der Reichskanzler: Nein!

Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.

Unsere Gesetze waren zu liberal, als daß es mir möglich gewesen wäre, angemessen und schnell genug, mit dieser Unterwelt fertig zu werden. Aber ich selbst wünsche nur zu dringend, daß eine normale Lage sobald wie möglich wieder hergestellt wird.

*

Diese Stellungnahme des Reichskanzlers ist zu begrüßen. Es ist dringend zu wünschen, daß das damit gegebene Versprechen einer Wiederherstellung der persönlichen Freiheit bald erfüllt werden kann.

Nächste Kabinettssitzung Dienstag

Berlin, 3. März. (E. M.) Wie wir erfahren, werden mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen in dieser Woche keine Kabinettssitzungen mehr stattfinden. Die nächste dürfte auf Dienstag nächster Woche festgesetzt werden.

Für ein einiges, friedliches Deutschland!

Führer des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei mahnen die Nation in letzter Stunde

Kaas: „Wir haben den Bolschewismus aufgehalten!"

Trier, 3. März. (E. M.) Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, sprach am Donnerstag abend in einer Versammlung im großen Saale der Treviris.

Prälat Kaas erklärte, die Reichsregierung hätte vor das Parlament hintreten müssen, damit das deutsche Volk in aller Oeffentlichkeit hätte feststellen können, auf welcher Seite das Versagen liege: Auf der Seite der Regierung oder auf der Seite der Legislative. Warum habe man diesen Versuch nicht gemacht und warum habe man die Aussprache vor dem Parlament vermieden?

Das Zentrum sei bereit und sei von jeher bereit gewesen, jede aufbauwillige Regierung zu unterstützen.

Die Weimarer Verfassung, sei auch seiner Ueberzeugung nach in mancher Beziehung erneuerungsbedürftig. Aber man dürfe nicht vergessen, daß in dieser Verfassung manches gegen das Zentrum beschlossen und daß ihm manche Bestimmung von anderen abgerungen worden sei. Die evangelische Bevölkerung habe übrigens seinerzeit nicht mit der Anerkennung zurückgehalten und anerkannt,

daß durch die Haltung des Zentrums nach der Revolution bzw. bei der Schaffung der Weimarer Verfassung das Vordringen des Bolschewismus aufgehalten

worden sei. Zur Außenpolitik erklärte der Redner, Dr. Brüning habe in der Reparationsfrage die Tore für die Befreiungspolitik aufgestoßen. Es sei furchtbar leicht, durch eine offene Tür mit dem Erntewagen im Herbst einzufahren und Erntefest zu feiern und dabei den Sämann zu vergessen. Das Zentrum führe den Kampf

für ein starkes, soziales, friedliches, geeintes Deutschland,

das sei das Ziel der Zentrumspartei. Mit dem Deutschlandlied fand die stark besuchte Versammlung ihr Ende. Dem Redner wurde stärkster Beifall gezollt.

Schmitt: „Das Zentrum ist national!"

Baden-Baden, 3. März. (E. M.) Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt sprach gestern abend in einer Zentrumsversammlung in Baden-Baden. Er betonte, Baden brauche keine Hilfspolizei um Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten.

Das Zentrum erhebe den Anspruch, genau so national zu sein, wie die Rechte.

Man sei sich in Baden klar, was man der Obrigkeit schuldig sei. Das Land Baden habe aber auch Rechte. Gerade die Länder hätten sich als Stütze des Reiches erwiesen. Das Zentrum kämpfe gegen Diktatur und für die Rechte des ganzen deutschen Volkes.

Held: „Für planmäßige Aufbauarbeit!"

Regensburg, 3. März. (E. M.) Donnerstag abend veranstaltete die Bayerische Volkspartei in zwei großen Sälen eine Wahlkundgebung. Ministerpräsident Dr. Held stellte fest, daß der gegenwärtige Wahlkampf sich von den früheren unterscheide. Nicht nur arbeiteten die Parteien gegeneinander, sondern auch das Reichskabinett habe mit allen Mitteln in den Kampf eingegriffen. Die Kanzlerschaft Brünings habe Beruhigung und neue Hoffnung gebracht.

Brüning stehe voll gerechtfertigt vor Deutschland.

Der Redner bemängelte dann, daß nicht angegeben worden sei, welche Wege in dem Vierjahresplan zur Beseitigung der Not beschritten werden sollten. Man müsse systematisch vorgehen, und es müsse dafür gesorgt werden, daß die für die Durchführung der verschiedenen Maßnahmen nötigen Mittel vorhanden sind.

Leicht: „Ein neues Chaos muß verhütet werden!"

Erlangen, 3. März. (E. M.) In einer Wahlkundgebung der Bayerischen Volkspartei sprach am Donnerstag abend Reichstagsabgeordneter Prälat Leicht (Bamberg) im überfüllten Saale des katholischen Vereinshauses. Prälat Leicht erklärte, die Wahl am 5. März sei die erste seit 1918 mit einer ähnlichen Bedeutung wie seinerzeit die Wahl zur Nationalversammlung. Damals habe es gegolten, die ausgebrochene Revolution zu ersticken und den Verfassungsbruch wieder gutzumachen, indem man dem Volk eine neue Verfassung gab, um ihm wieder Boden unter die Füße zu bringen.

Am 5. März handele es sich darum, zu verhindern, daß nicht wieder die Verfassung zerbrochen werde und ein neues Chaos in Deutschland entstehe.

Alle Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, müßten stark in den Reichstag zurückkehren, damit etwaige Umsturzpläne vereitelt werden können. Daß solche Pläne bestehen, sei nach dem Brand im Reichstag nicht zu bezweifeln. Die Nation dürfe nicht in zwei Hälften auseinanderfallen. Der Redner betonte weiter, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei mindestens in der alten Stärke wieder in den neuen Reichstag einziehen.

Bell: „Unbeugsamer Kampf für Wahrheit u. Recht!"

Hamburg, 3. März. (E. M.) In einer sehr stark besuchten Wahlkundgebung des Zentrums im Curio-Haus zu Hamburg sprach am Donnerstag abend Reichsminister a. D. Dr. Bell. Es bedürfe heute einer entschlossenen Front von Männern und Frauen, die für die alten Ideale — Einigkeit und Recht und Freiheit — eintreten.

Die Zeit verlange Kämpfer, die unbeugsam seien.

Das Zentrum kämpfe für die freie Wahrheit und die wahre Freiheit, für das Recht, das mit uns geboren sei. Nach einer Zurückweisung der gegen ihn und die Partei wegen ihres Wirkens in den letzten Jahren erhobenen Angriffe, trat Dr. Bell für die Wiedergeburt der Ritterlichkeit im politischen Kampf ein und für die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses. Das Ziel sei eine deutsche und nationale Notgemeinschaft, aufgebaut auf den Wahrheiten ewiger Sittengesetze, Recht, Freiheit, Ordnung der Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit.

Bolz: „Die Stunde des Zentrums kommt wieder!"

Karlsruhe, 3. März. (E. M.) Staatspräsident Dr. Bolz sprach am Donnerstag abend hier in einer Versammlung des Zentrums. Es gehe heute um zwei Fragen: Wie komme das Volk wieder zum inneren Frieden und wie werde man über die Wirtschaftskrise Herr? Dr. Bolz wandte sich gegen die Anklagen, daß die Regierungen der letzten 14 Jahre ein Trümmerfeld hinterlassen hätten. Die jetzige Regierung müsse erkennen, daß eine einseitige Landwirtschaftspolitik falsch sei. Das Zentrum befürchte, daß der neue Kampf Zerreißung des Volkes mit sich bringe, aber keine Sammlung. Die geplante Vernichtung des Marxismus bedeute eine Kampfansage schärfster Art.

Die Stunde des Zentrums werde wiederkommen.

Es sei seine Aufgabe, die Verfassung zu schützen und für sie zu kämpfen.

Rücktritt des südslavischen Kabinetts

Wien, 3. März. (E. M.) Nach Blättermeldungen aus Belgrad ist das Kabinett Srskitsch gestern zurückgetreten. Dieser Schritt werde offiziell damit begründet, daß ein vom Ackerbauminister eingebrachter Gesetzentwurf zur Sequestrierung privaten Waldbesitzes vom Skupschtina-Ausschuß abgelehnt worden sei.

Ueber die wahren Ursachen des Rücktritts der Regierung herrsche allerdings noch keine Klarheit.

Als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten werde der bisherige Außenminister Jeftitsch genannt.